



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039890

P/VIII/210 - 10.9.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Anschlag auf den DGB	S. 1
Italien und die Bundestagswahlen	S. 3
Wird Adenauer Mass halten?	S. 4

Gleichschaltung - oder Spaltung

(sp) Wenn nicht alle Zeichen trügen, dann dürfte sich der erste Grossangriff der CDU/CSU nach dem 6. September gegen die Arbeitnehmerschaft und ihre Gewerkschaften richten. Bereits im Wahlkampf wurde - angeführt von Bundeskanzler Adenauer - eine antigewerkschaftliche Kampagne eingeleitet, mit Austritten aus den Gewerkschaften und Beitragssperre, mit Fraktionsbildung nach kommunistischem Muster innerhalb der Gewerkschaften, und mit einem Antigewerkschaftsgesetz udgl. mehr gedroht. Wäre die Opposition aus den Wahlen siegreich hervorgegangen, so hätten sich all diese Ankündigungen verflüchtigt, die sozialen Spannungen wären geringer und nicht grösser geworden.

Es scheint, dass der Wahlerfolg nicht nur der Regierung und den Unternehmern, nicht nur der vom Klerus abhängigen "Katholischen Arbeiterbewegung" (KAB), sondern auch den bisher relativ gemässigten "Sozialausschüssen der CDU/CSU" um Jakob Kaiser, Karl Arnold und Johannes Albers zu Kopf gestiegen ist. Sie wollen jetzt - nach dem Motto "Schmiedet das Eisen, solange es heiss ist" im innergewerkschaftlichen Raum eine Entscheidung auf Biegen oder Brechen herbeiführen. Die sonst auch von diesen Kreisen betonte Bedeutung des solidarischen Zusammenhalts der organisierten Arbeitnehmerschaft in den Einheitsgewerkschaften wird plötzlich ignoriert. Wenn die Gewerkschaften sich nicht zu einer Gleichschaltung be-

reitfänden, dann sei die Spaltung unvermeidlich - wird von allen diesen Kreisen erklärt.

Im einzelnen gehen die Forderungen dahin, dass der DGB-Bundesvorstand von neun auf elf Mitglieder erweitert und um weitere zwei CDU-Leute ergänzt wird. Die DGB-Landesbezirksvorstände sollen ähnlich verändert werden, wobei der DGB-Nordrhein-Westfalen das besondere Angriffsziel bildet. Aber - so erklären massgebende Kreise der CDU/CSU-Sozialausschüsse - noch wichtiger sei eine personelle Veränderung bei den angeschlossenen Industriegewerkschaften. Hier wird die Forderung auf einen "gleichberechtigten ersten Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden" von der CDU/CSU erhoben, mit der Begründung, dass ja nicht der DGB die Lohn- und Tarifpolitik mache; das gehöre zum Zuständigkeitsbereich der einzelnen Gewerkschaften - und so müsse dafür Sorge getragen werden, dass die Lohn- und Tarifbewegung die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung nicht störe.

Das seien Mindestforderungen! Natürlich müssten auch Veränderungen "von unten bis oben" in den Gewerkschaften, in der Gewerkschaftspresse usw. erfolgen; ausserordentliche Gewerkschaftskongresse des DGB und der ihm angeschlossenen Industriegewerkschaften sollen nach dem Wunsch der CDU/CSU unverzüglich die "Umbildung" durchführen.

Die Erinnerung an den 5. März und 2. Mai 1933 wird lebendig. Der Wahlsieg der NSDAP und der Harzburger Front folgte die Gleichschaltung der Gewerkschaften am 2. Mai. Aber das Spiel mit dem Feuer ist gefährlich! Auch einige Hunderttausend gelbe oder halbgelbe christliche "Gewerkschafter" werden die völlig ungebrochene Kraft der Gewerkschaften nicht schwächen. Die sozialdemokratischen Gewerkschafter innerhalb des DGB haben, obwohl sie sich in übergrosser Mehrheit befinden, immer wieder den guten Willen unter Beweis gestellt. Sie haben einen grossen Preis für die Einheitsgewerkschaft gezahlt. Kommt es zu einer Spaltung, dann tragen jene die Schuld, die sich zum Werkzeug scharfschneidender Unternehmerverbände und autoritärer Regierungskreise machen lassen.

Erste Reaktion in Italien

j.k. - Rom

In den Becher der Freude, den sich die demokratisch-christliche Regierung Italiens einschenkte, als die deutschen Wahlergebnisse interpretiert wurden, fielen zwei bittere Tropfen. Denn es war sofort deutlich, dass dieses Wahlergebnis die Regierung Pella in nicht zu ferne Zukunft zwingen wird, zu der Frage der EVG eindeutig Stellung zu nehmen. Nicht dass Pella selbst ein Gegner der EVG wäre - wenn er sich auch nie so eindeutig für sie ausgesprochen hat wie für den Atlantikpakt - aber in seiner "Democristiana" gibt es etliche Parlamentarier von Anschein, die beim Gedanken an die EVG-Verpflichtungen ein ärgerliches Kopfschütteln nicht unterdrücken können. Dies also ist der eine bittere Tropfen, der in den Freudenbecher fiel.

Der zweite ist nicht weniger peinlich, denn er tropfte aus der Frage, wie es möglich sei, dass die Extremisten in Deutschland eine so eklatante Niederlage erlitten, vor allem, wie es zu erklären ist, dass die KP, die einschliesslich ihrer Satelliten in Italien mehr als ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigen konnte, in Deutschland nicht ein einziges Mandat zu erringen vermochte. Mit dem Hinweis, die Deutschen brauchten eben nur über die Elbe zu blicken, um die "Segnungen" des Kommunismus zu erkennen, ist es, das weiss jeder politische Anfänger in Italien, nicht getan, und so geben denn auch bekannte Mitglieder der "Democristiana" zu, dass das Vorhandensein einer starken sozialdemokratischen Partei die Voraussetzung für den Sieg des Parlamentarismus über den angestrebten totalen Staat war. In Italien, wo Saragats Rechtssozialisten Jahre hindurch im Kampfe mit Pietro Kennis Linksozialisten lagen, die in enger Buchführung mit der KP marschieren, ist das Fehlen einer starken, freiheitlichen Sozialdemokratie einer der Hauptgründe für die Stärkung des Kommunismus gewesen - und daran hat sich bis heute wenig geändert.

Lohnkämpfe und sozialpolitische Auseinandersetzungen werden in Italien in erster Linie von der KP und von Organisationen ge-

führt, in denen sie massgebend ist. Wenn es nun kaum bestreßbar ist, dass es mit der Sozialpolitik in Italien nie zum Besten bestellt war, so ist es ebenso unbestreitbar, dass es in erster Linie die Extremisten sind, die den Kampf gegen diese Fehlpolitik führen, und es ist selbstverständlich, dass sie ihn im Sinne einer Propaganda für den Kommunismus führen. Wenn in Deutschland die Dinge anders liegen und sich in den Wahlergebnissen entsprechend widerspiegeln, so ist das - daran sieht hier kein vernünftiger Parlamentarier vorbei - dem Vorhandensein einer grossen sozialdemokratischen Partei in gleicher Masse zuzuschreiben wie der Arbeit eines parteipolitisch nicht gebundenen Gewerkschaftsbundes. (In Italien liegt die Führung des grössten Gewerkschaftsbundes bei der KP, die des zweitgrössten, aber erheblich kleineren bei der Democristiana).

Dass Italiens Kommunisten im Ergebnis der deutschen Wahlen nicht etwa den Ausdruck einer politischen Auseinandersetzung sehen, die auf dem Boden der Demokratie ausgefochten wurde, versteht sich von selbst, verdeckt aber nur ganz unzulänglich ihr Bemühen, über die totale Niederlage des Kommunismus in Ostdeutschland hinwegzutäuschen. Nirgends begreift man besser als bei den italienischen Kommunisten, dass eine starke Sozialdemokratie - und sie allein - die entscheidende Sicherung vor der Entstehung einer übermächtigen kommunistischen Partei bietet.

+ + + +

Wird Adenauer Mass halten?

(SI) Im neuen Bundestag besitzt die Partei des Bundeskanzlers die absolute Mehrheit. Mit der Zahl der 244 Mandate ist ihr der Schlüssel zum Raum des freien Regierens in die Hand gegeben. Macht ist Versuchung. Sie stellt Anforderungen an Loyalität, Einsicht und Selbstbescheidung. Wird Dr. Adenauer der Versuchung der uneingeschränkten Machtausübung widerstehen, werden der Kanzler und seine Partei Mass halten?

Das ist die entscheidende Frage für die Amtszeit des neuen Bundestages. Dass sie sofort nach der Wahl gestellt wurde, hat seine Ursache. Erste Äusserungen des Kanzlers und private Informationen lassen schon jetzt in Umrissen das Feld der Versuchungen erkennen, zu dem Dr. Adenauer jetzt freien Zugang hat.

Da ist seine Bemerkung, dass der Rundfunk, zum mindesten der

EMER, nicht neutral sei. Ist das die erste Andeutung dafür, dass dem neugewählten Parlament ein Rundfunkgesetz vorgelegt werden soll, das die Stimme des Äthers zur Stimme der Bundesregierung macht? Ein Bundesrundfunkgesetz à la Reichsrundfunkgesetz? Ein solches Gesetz würde auf der Linie des Planes liegen, unter dem früheren Staatssekretär, jetzigem Abgeordneten und künftigen Minister Dr. Lenz eine vielleicht etwas gemilderte Form jenes um Volksaufklärung und Propaganda bemühten Ministeriums aus der jüngsten Vergangenheit zu schaffen.

Da ist ferner die Neigung, den Bundesrat durch Umformung der Länderregierungen gleichzuschalten. Sollen die ursprünglich doch föderalistischen Anschauungen der CDU jetzt dem Geschmack an einem zentralen Regiment geopfert und der Katalog der Bundesratszuständigkeiten eingeschränkt werden? Da ist die bereits angekündigte Reform des Bundesverfassungsgerichts. Wird die neue Form die Unabhängigkeit des höchsten deutschen Gerichtes wahren? Da ist schliesslich die Frage des künftigen Wahlgesetzes. Haben wir eine Regelung, nach italienischem Muster, mit Prämiensystem zu erwarten, das die CDU allein beschliessen und allein begünstigen würde?

Das alles sind Fragen auf sehr realem Grund. Sie sind Inhalt vieler Gespräche, innerhalb und ausserhalb der Kanzlerpartei. Der CDU ist durch die Wahl die Demokratie in die Hand gegeben. Der Kanzler hat autoritäre Tendenzen zurückgewiesen. Entscheidend aber wird sein, ob er all diesen Versuchungen standhaft begegnet. Die Erfahrungen der vergangenen vier Jahre haben manche Spuren hinterlassen, die erschrecken. Ermächtigungstendenzen sind unverkennbar, der Weg zu einem autoritären Verwaltungsregime liegt nahe. Der Dollfuss-Staat steigt wie ein drohendes Gewitter über den Horizont.

Dr. Adenauer hat das Votum der Wähler als ein Votum zur Demokratie bezeichnet. Mit diesem Wort ist in der neuesten Geschichte, da niemand glaubt, darauf verzichten zu können, viel Missbrauch getrieben worden. Wir hoffen, dass das diesmal nicht der Fall ist. Alles kommt auf den Inhalt der Vokabel an.